

ANGRIFFE AUF ÖFFENTLICHE STELLEN – EIN RÜCKBLICK

Bild: vectorfusionart / stock.adobe.com

März 2016:

Die bayerische Stadt Dettelbach zahlt nach einem Ransomware-Angriff 1,3 Bitcoins Lösegeld für die Entschlüsselungssoftware, damals umgerechnet 490 Euro. Die Bürgermeisterin Konrad verteidigt die Entscheidung: Die Zahlung an die Erpresser habe der Stadt „Ausgaben von mindestens 10.000 Euro gespart“, sagt sie.

Januar 2018:

Ein Kryptomining-Angriff auf Server des Landesamtes für Besoldung und Versorgung in Fellbach (Baden-Württemberg) wird öffentlich. Ziel der Attacke war es offenbar, Rechenleistung zu kapern.

Januar 2020:

Sowohl die Stadt Brandenburg an der Havel als auch die Gemeinde Stahnsdorf im Landkreis Potsdam-Mittelmark schalten nach einem mutmaßlichen Cyberangriff ihre IT-Systeme ab und arbeiten im Notbetrieb. Die mutmaßlichen Einfallstore sind Citrix ADC/ Netscaler-Gateways gewesen.

Januar 2021:

Ein Cyberangriff legt die Stadtverwaltung in Bendorf (Kreis Mayen-Koblenz in Rheinland-Pfalz) kurzfristig lahm.

März 2021:

Ein Großangriff auf das Mailsystem von Microsoft blockiert die Server zweier Gemeinden im Landkreis Schwandorf in Bayern.

März 2021:

Hackerangriff auf die IT-Anlage der Stadtverwaltung in Angermünde: Vier Monate lang ist das Rathaus vom Netz getrennt.

Juli 2021:

Eine Hacker-attacke legt die Verwaltung im Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt still. Drei Tage später ruft Landrat Uwe Schulze Deutschlands ersten Cyber-Katastrophenfall aus.

Oktober 2021:

Die Verwaltung der Ruhrgebietsstadt Witten ist nach einem Cyberangriff nicht mehr erreichbar. Erbeutete Daten werden später im Darknet veröffentlicht.

Oktober 2021:

Die Server des Kommunalservice Mecklenburg (KSM) und der Schweriner IT- und Servicegesellschaft (SIS) werden Ziel eines Angriffs mit einer Schadsoftware. Der KSM und die SIS sind einerseits für die Verwaltung und andererseits für die kommunalen Unternehmen in Mecklenburg zuständig, weshalb die IT-Infrastruktur aus Sicherheitsgründen stillgelegt wird. Neben Schwerin und Ludwigslust-Parchim melden auch andere Kommunen wie Greifswald und Stralsund Probleme.

*Diese Auflistung der letzten fünf Jahre erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.